

Kultur und Wahlprogramme 2002

von Hermann Glaser

Bekanntlich ist der Bundestags-Wahlkampf 2002 außerordentlich stark auf Personen ausgerichtet; diese sollen als Sympathieträger wirken und die Mehrheiten einfahren. Dass Programme eh keiner liest, ist eine weit verbreitete Meinung, auch in den Parteizentralen. Da aber, mit Ausnahmen, die Spitzenpolitiker und –politikerinnen diesmal mehr denn je Antipathie auf sich fokussieren bzw. Charisma vermissen lassen, ihr Auftreten meist gleichgültiges Achselzucken bewirkt, greift man neuerdings nach programmatischen Verlautbarungen, um etwas Genaueres über die politische Reiseroute in Richtung Zukunft zu erfahren. Abgestoßen von Skandalen, frustriert durch mürrische Funktionäre, heuchelnde Politprofis, umtriebige Schnösel und eine große Anzahl grauer Mäuse – was man euphemistisch als »dünne Personaldecke« bezeichnet –, erhofft man sich inmitten falscher Personen doch irgendwo richtiges Denken. Freilich sollte man bei Regen nicht unter der Traufe Schutz suchen. Das Bild ist zu milde: Was in den Programmen oder Programmwürfen über Kultur ausgesagt wird, bedeutet einen Hagelschlag der Platitüden. Zumindest bei den beiden großen Volksparteien. Man trifft nicht einmal auf Inkompetenzkompensationskompetenz: Hat man schon keine Botschaft, wäre eine einigermaßen attraktive Verpackung (ein flüssig geschriebener Text, der zwar nichts sagt, aber gewandt daherredet) schon ein Trost. Immerhin hat die gegebene Sachlage – ich wende mich zunächst der SPD als Regierungspartei zu – auch etwas Gutes; sie wirkt dekuvrierend ehrlich: zu Kultur fällt der Kampa nichts Wesentliches ein.

Offen und fürs ganze Land soll Kultur sein. Beim zu vertiefenden Dialog zwischen Bund und Ländern werden die Gemeinden, die das Meiste für Kultur tun (durch die Steuerpolitik der Regierung sind sie allerdings bald ausgepowert), nicht erwähnt. Das »unverzichtbare gesellschaftliche Gut Kultur« zeigt sich nur noch in Form von ein paar unzusammenhängenden Gedankenketten: Nachdem man sich zur kulturpolitischen Verantwortung des Bundes bekannt hat, lobt man die Einrichtung eines Ausschusses für Kultur und Medien im Deutschen Bundestag, errichtet dann schon ein Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin, springt über zur Novellierung der Künstlersozialversicherung und landet bei der Weiterentwicklung der Goethe-Institute (deren Bedeutung bislang noch keine Regierung wirklich erkannt hat). Man liest, dass ein wirtschaftlich und politisch geeintes Europa ohne kulturelle Identifikation ein Torso wäre, ohne Kritik daran,

dass die amtierende (wie die vorhergehende) Regierung kaum etwas getan hat, um den Prozess der »Verbrüsselung« (unter Missachtung des ausgeprägten Kulturbewusstseins des Straßburger Europa-Rates) zu stoppen, und ohne Bewusstsein, dass es um eine Pluralität von Identitäten gehen müsste, wenn Europa in seiner kulturellen Vielfalt erhalten werden soll. Schließlich heißt es, dass Minderheiten sich verstärkt in der Kunst und Alltagskultur wiederzufinden hätten, nachdem man sich vorher zur Filmförderung bekannt hat. »Der Anfang ist gemacht. Aber es ist noch manches zu tun.« Die Trümmerchen, die einem bei diesem Programm ohne jedes geistige Band in die Hand fallen, sind Reste einer um soziale und demokratische Dimension sich bemühenden Kulturtheorie, die zwar vielfach durch Praxis verifiziert wurde, aber jetzt von der SPD offensichtlich endgültig entsorgt wird. »Wir werten die Politik für Kultur weiter auf« – stattdessen Bruchstücke ohne Konfession!

Man atmet bei der CDU/CSU insofern etwas auf, als diese immerhin noch über ein paar SchreiberInnen verfügt, die einen Kurzaufsatz über Kultur in einigermaßen zusammenhängenden Sätzen zu verfassen in der Lage sind. »Das demokratische Deutschland hat sich in den vergangenen Jahrzehnten weltweites Ansehen erarbeitet und Vertrauen gefunden. Zusammengehörigkeitsgefühl und ein aufgeklärter Patriotismus, also ein positives Verhältnis zur Nation, sind eine Grundlage, auf die für die gemeinsame Gestaltung einer guten Zukunft nicht verzichtet werden kann.« Das ist wenigstens lesbar und – da im Gefolge des Stoiber-Mittler-Rucks die Leitkultur-Überheblichkeit abgelegt und Martin Walser inzwischen zur SPD abgeschoben wurde – sogar denkbar. Apropos Walser: Mit ihm am 8. Mai, dem Tag der Befreiung vom NS-Terror, ein Gespräch zu führen, zeigte die Instinklosigkeit des Bundeskanzlers. Im Sommer wird der Schriftsteller einen Roman (»Tod eines Kritikers«) herausbringen, der Marcel Reich-Ranicki, auch als Juden, übel verleumdet. Frank Schirrmacher, sonst Walser durchaus gewogen, teilte diesem mit, dass die FAZ keinen Vorabdruck bringen wird: »Ich halte Ihr Buch für ein Dokument des Hasses... nichts anderes als eine Mordphantasie.«

Im Programm der CDU/CSU heißt es dann weiter, dass Kunst und Kultur als Ausdruck schöpferischer Freiheit in der modernen, von Technik und Wirtschaft geprägten Welt Bedeutung wie nie zuvor hätten. Einzelfragen – etwa Pflege der international herausragenden Einrichtungen, Bedeutung des deutschen Auslandsrundfunks, Wertschätzung der Auslandsschulen

Prof. Dr.
Hermann
Glaser lebt als
Publizist in
Roßtal.



und des Kulturerbes der Heimatvertriebenen – werden dem Gesamttitel »Identität Deutschlands« subsumiert (ohne auch hier zu erkennen, dass Kultur als Interkulturalität der *Identitäten* bedarf). Der im doppelten Sinne harmlose, weder tief greifende noch provozierende Text ist, ohne an Trauerarbeit zu denken, am Ende noch etwas stolz auf das deutsche kulturelle Erbe: Die herausragenden Werke des Glaubens, der Philosophie und Literatur und die beeindruckenden Schöpfungen der Musik, des Theaters und der bildenden Kunst, die Spitzenleistungen in Wissenschaft und Technik.

Immerhin ist dies bescheidener als bei der *FDP*, die mit Möllemann-Arroganz vom *einzigartigen* deutschen Kulturerbe spricht, das es zu bewahren gelte. Der penetrante Bewahrertrug gilt übrigens für alle Parteien, ohne dass verstanden wird, dass »aufheben« eine dreifache Wortwurzel hat: bewahren, überwinden und höher bringen. Die freien Demokraten kommen darauf, dass Kultur auch eine wirtschaftliche Dimension hat, surfen aber nicht auf der Wester-Spaßkultur-Welle. Warum sie ein *neues* Selbstverständnis der bundesdeutschen Kulturpolitik fordern, wo doch ihr Text Wasser in alten Schläuchen gleicht, ist genauso schleierhaft wie die Forderung, dass die Träger der Kultur im Ausland einer neuen administrativen Zuordnung bedürften (obwohl doch das Auswärtige Amt immer eine besondere Domäne der *FDP* war). Malerei und Plastik werden als traditionelle Kunstformen von innovativen und experimentellen abgegrenzt; sie bräuchten bessere staatliche Rahmenbedingungen. Als ob nicht in *allen* Kunstformen bald »althergebracht«, bald »gewagt« gearbeitet würde. Der Stiftungsgedanke soll unterstützt und transparenter gemacht werden; das ist löblich; hoffentlich nehmen die meist gut verdienenden *FDP*-WählerInnen dies zur Kenntnis.

Eine gute Note kann man den *Grünen* für ihren kulturellen Besinnungsaufsatz geben. Indem sie Kultur als Elixier (Heil-, Zauber-, Verjüngungstrank) bezeichnen, erweitern sie den Kulturjargon, den sie mit »neuer Unübersichtlichkeit«, »ästhetischer Orientierung«, »Lebensstilen«, »Globalisierung« routiniert applizieren. Dass kulturelle Offenheit zu einem offenen Umgang mit den neuen Kulturtechniken führen müsse, ist Teil des weit verbreiteten kulturpolitischen Pleonasmus: Die überflüssige Häufung sinn gleicher oder sinnähnlicher Ausdrücke soll das gedankliche Vakuum auffüllen helfen. In dem durchdachten Kapitel »Kultur und Demokratie« taucht endlich der von den Grünen ansonsten fetischisierte Terminus »Nachhaltigkeit« auf – in der Tat geeignet, die nur an augenblicklicher Gelegenheit orientierte »okkasionelle Vernunft« zugunsten antizipatorischer Vernunft zu überwinden. Das ausführliche Kapitel »Kulturförderung als öffentlicher Auftrag« zeigt genauso Substanz wie die ausgewogene Berücksichtigung städtischer und ländlicher Kultur, welche die Entfaltung des Bürgerrechts Kultur in der Tat erst möglich macht. »Zu den urbanen Traditionen, die wir

bewahren und weiterentwickeln wollen, gehört die Offenheit der Stadt für neue Ideen, für Zuwanderung und die Vielfalt von Lebensstilen und Kulturen, gehört ihre dichte politische und kulturelle Öffentlichkeit und das gleichberechtigte Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher sozialer Herkunft.«

Damit ist auch, jetzt auf die gesamte Gesellschaft übertragen, das kulturelle Anliegen der Partei des Demokratischen Sozialismus (*PDS*) umrissen, deren Programm das, was der *SED*-Staat jahrzehntelang missachtete und unterdrückte, nun nachholend postuliert. Ein seitenlanger Traktat liegt vor; er bekundet, allein schon quantitativ, dass Kulturpolitik wichtig genommen wird. Man nimmt sie aber auch inhaltlich, mit klassenkämpferischer neomarxistischer Einfärbung, ernst: »Die Möglichkeit der freien Aneignung von Bildung und Kultur ist zur Voraussetzung geworden, sich in der heutigen Welt bewusst zu orientieren, ein selbstbestimmtes Leben zu führen und die Zukunft der Gesellschaft mitgestalten zu können ... Die Gestaltung der Bedingungen zur Aneignung von Bildung und Kultur entscheidet wesentlich über die soziale Struktur der Verteilung von Lebenschancen: Sie ist eine zentrale Macht- und Eigentumsfrage.« Ausführlich kann man bei der *PDS* nachlesen, was Sozialdemokraten aufgrund ihrer freiheitlichen Tradition existenziell überzeugender formulieren könnten und sollten, es aber nicht mehr tun – ist ihnen doch in der Kälte einer nun freilich bereits brüchig gewordenen Macht der Wärmestrom der Vision und Utopie abhanden gekommen. Die *SPD*-Wissenschaftsministerin etwa, die, ideenlos, vor allem für den Anschluss der Schulen ans Netz eintritt (Mittel mit Zielen verwechselnd), sollte die *PDS*-Emanationen gründlich lesen, um vielleicht beim nächsten Programm der *SPD* etwas beisteuern zu können. Die *PDS*, den Forderungen der *PISA*-Studie sich annähernd, konstatiert: »Die neue Revolution der Produktivkräfte rückt kulturelle Qualifikationen, soziale Kompetenzen und Ideenfindungen an die erste Stelle. Viele Menschen erfahren mit Bitterkeit, daß sie auf die Veränderung nicht vorbereitet wurden und von sozialem Abstieg und Ausschluß bedroht sind. Die Arbeitsgesellschaft wird nicht durch die Freizeitgesellschaft abgelöst. Aber der Anteil von freier Zeit wird über die verschiedenen Lebensphasen fast gleichwertig zur Arbeitszeit. Es fehlen jedoch die sozialen Strukturen und die individuellen Fähigkeiten, um dies in wirklichen Freizeitgewinn und nicht allein in purem Konsum und Produkte der neuen Freizeitindustrie umzusetzen.«

Neun fundierte Zeilen aus einem Konvolut von rund 170 Zeilen. Es schmerzt den Betrachter der Partei-Programme bzw. Programmwürfe zur Bundestagswahl 2002, mit der Ehrennadel für 40 Jahre *SPD*-Mitgliedschaft am Revers, dass seine Partei nicht in der Lage ist, wie die *PDS* einen gesellschaftspolitischen Diskurs über die Rolle der Kulturpolitik zu evozieren. Ach!

*Kultur betreffende Auszüge aus den Regierungserklärungen der im Bundestag vertretenen Parteien sind in der Rubrik »im wortlaut« auf den Seiten 62-65 abgedruckt.
(Red.)*